

Homeoffice und Heimarbeit

von Nina Degele

Gender in der Corona-Krise

Ist COVID-19 ein Gleichmacher, allein deshalb, weil es alle treffen kann? Natürlich nicht. Im Gegenteil: Die Krankheit und ihre Konsequenzen decken verborgene Strukturen der Ungleichheit auf. Denn wie in anderen Krisen wird Gesellschaft auch in der Corona-Pandemie in ihrer Funktionsweise beobachtbar, dadurch dass uns nun Dinge auffallen, die uns vorher nicht bewusst waren. Es sind die vielen Selbstverständlichkeiten des Alltags, die aktuell ihrer Fraglosigkeit enthoben werden: Berührungen, körperliche Nähe in der Öffentlichkeit, gemeinschaftliches Beisammensein. So ist der medizinisch richtige Umgang mit COVID-19 – also mindestens 1,5 Meter Abstandhalten – zumindest für Städter*innen kontraintuitiv, denn urbane Sozialität oszilliert zwischen Intimität und Distanz. Im Frühjahr 2020 hat sich dieses Kontinuum weitgehend auf den Pol der Distanz reduziert: Geschlossene Kinos und Cafés, keine Konzerte und Fußballspiele vor leeren Rängen – die Möglichkeiten, Intimität und Distanz miteinander zu verbinden, sind rar. Derzeit muss der öffentliche Raum des Sozialen neu justiert werden. Während viele darunter leiden, freuen sich manche zumindest darüber, dass ihnen unangenehme Zeitgenoss*innen nicht mehr in gleicher Selbstverständlichkeit zu nahekommen. So wird der Widerwille gegen aufdringliche Kommunikation weniger begründungspflichtig und ungebetene Berührungen sind schlicht inakzeptabel.

COVID-19 ist nicht nur ein Virus, sondern auch ein Katalysator gesellschaftlicher Prozesse, beispielsweise was Solidarität in der Nachbarschaftshilfe und respektvolles Verhalten im öffentlichen Raum betrifft. Gerade in den letzten Wochen verstärkt die Krise aber auch verschwörungstheoretische Abschottung, Profitmaximierung und Radikalisierung. Die beiden Extreme der Solidarität auf der einen und der Konkurrenz auf der anderen Seite zeigen sich in keinem Themenfeld deutlicher als bei Gender – weltweit, aber auch ganz lokal im vertrauten Umfeld.

Gender und Systemrelevanz

Zwar sterben mehr Männer als Frauen an einer Infektion mit COVID-19 – trotzdem sind vor allem Frauen von der aktuellen Krise betroffen.[1] Die Rede von „Systemrelevanz“ ist dafür ein gutes Beispiel: Was ist mit System gemeint? Ist es

im technischen Sinn der Bauplan für einen Motor oder Maschinenraum oder aber der Kitt, der ein soziales Gefüge zusammenhält? Letzteres verweist auf die Sorge für das Leben und dessen Erhalt. Systemrelevant sind im Frühjahr 2020 diejenigen Tätigkeiten, die vor allem das kurzfristige Überleben sichern. Die entsprechenden Jobs, das sind rund 75 Prozent, werden vor allem von Frauen ausgeübt, oft prekär und schlecht bezahlt. Derzeit erhalten „über 90 Prozent der Beschäftigten in Berufen, die aktuell der kritischen Infrastruktur zugeordnet werden, nur einen unterdurchschnittlichen Lohn“.[2] Nicht nur in Corona-Zeiten zählt hierzu die Versorgung mit Nahrung und dem Bedarf des täglichen Lebens, die Sorge für Angehörige, die medizinische Erhaltung von Leben und die Koordination der dazugehörigen Abläufe. Systemrelevanz ist, das wird an dieser Aufzählung schnell deutlich, eine Genderfrage. Denn systemrelevante Tätigkeiten werden vor allem in den von Frauen dominierten Care-Bereichen verrichtet: Herstellung und Vertrieb von Lebensmitteln, Betreuung von Kindern und Pflagedürftigen, Behandlung von Kranken. „[I]n einem durchschnittlichen deutschen Krankenhaus sind mehr als drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiblich.“[3] Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind es rund 70 Prozent Frauen, die in 104 Ländern in pflegerischen Berufen arbeiten; und aktuell fehlen allein in deutschen Krankenhäusern 80.000 Pflegekräfte. All das ist zwar schon länger bekannt, nur wissen wollte es eigentlich niemand. Die sogenannten SAGHE-Berufe - ein Akronym für Soziale Arbeit, Gesundheit, Haushalt und Erziehung[4] - sollen einen bewussten Gegenbegriff zu den vorwiegend von Männern besetzten MINT-Fächern bilden, indem sie deren Relevanz betonen.

Für viele überraschend sind diese Beschäftigten nun systemrelevant und werden von den Balkonen beklatscht. Die kollektive Dankbarkeit schlug sich bisher in einer finanziellen Prämie von 1.500 Euro nieder, aber eine tarifvertraglich abgesicherte höhere Entlohnung fehlt weiterhin. Frauen haben die schlechtere Lobby, unter anderem weil sie häufig nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Beispielsweise arbeitet nur jede dritte Verkäuferin in einem Betrieb, der tarifgebunden bezahlt, und von ihnen ist nur knapp jede Zehnte in einer Gewerkschaft.[5] Frauen protestieren nach wie vor nicht laut genug, sie treten nicht geschlossen für ihre Rechte ein - und so wird es weiterhin viele Frauen geben, die für wenig Lohn arbeiten. Wenn Staat und Unternehmen von den Angestellten nicht zu Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen gezwungen werden, wird mehr als Applaus nicht zu hören sein. Die Systemrelevanz bleibt dann ein von der Politik eingesetztes rhetorisches Mittel, während dem strukturell vorhandenen gesellschaftlichen Veränderungspotenzial die entsprechende Stimme fehlt.

Homeoffice - Ungleiche Aufgabenverteilung

Geht es um Systemrelevanz, lässt sich mit Niklas Luhmann nach funktionalen Äquivalenten für Systemausfälle fragen.[6] Ausgehend von einem definierten

Bezugsproblem werden Alternativen gesucht und auf ihre Leistungsfähigkeit wie auch bezüglich möglicher Folgeprobleme untersucht. Was beispielsweise tun Fußballfans am Samstagnachmittag ohne Bundesliga? Was geschieht, wenn Besprechungen von der face-to-face-Begegnung ins Netz verlegt werden, wenn die Tour de Suisse im Radsport statt auf der Straße im Netz ausgetragen wird? Vor allem aber - und hier wird es tatsächlich systemrelevant: Wer übernimmt bei geschlossenen Erziehungseinrichtungen die vorschulische und schulische Erziehung? Wenn Schule und Kita ausfallen und die Frau ihrem Partner im Homeoffice zusätzlich den Rücken freihält, ist die Belastung der überwiegend weiblichen Care-Verantwortlichen zu Hause größer als die der Partner (seltener Partnerinnen), die sich auf ihren Job fokussieren. In den (politischen) Diskussionen um das Arbeiten daheim bekommen der Genderaspekt und die derzeitigen Lebensrealitäten von Eltern, Alleinlebenden und vor allem von Frauen zu wenig Aufmerksamkeit, schließlich wird Sorgearbeit „implizit als Selbstverständlichkeit eingefordert und zählt nicht“.[7] Seit einigen Jahren wird im Zusammenhang mit Kindererziehung und Familienorganisation der Begriff des „*mental load*“ diskutiert. Hiermit sollen neben den praktischen Aufgaben auch die Belastungen durch Verantwortung, Beziehungspflege und emotionale Unterstützung ausgedrückt werden. Das Homeoffice macht die sonst häufig im Verborgenen stattfindenden Care-Tätigkeiten vor allem von Frauen sichtbar. Entsprechend laut war der meist weibliche öffentliche Protest gegen eine Stellungnahme, vorgelegt von der aus 24 Männern und zwei Frauen bestehenden Kommission der Leopoldina, die die Perspektive gerade von Frauen mit abhängigen Kindern nur unzureichend berücksichtigt hatte.[8] Homeoffice, so viel ist mittlerweile klar, verstärkt Ungleichheit - nicht nur, aber auch zwischen den Geschlechtern.[9]

Heimarbeit - Gefahr einer Retraditionalisierung

Wenn die Kinder bei Videokonferenzen im Homeoffice durch die Wohnung hüpfen, lässt sich die enge Verschränkung von Beruf, Privatem und Sorgearbeit „nicht mehr ausblenden“.[10] Die Zuständigkeiten für häusliche Tätigkeiten - von Hausarbeit über Kindererziehung bis zur Pflege Angehöriger - müssen ausgehandelt werden, allerdings erweist sich das Zuhause - gerade mit abhängigen Kindern - oftmals als Ort der Retraditionalisierung. Dieser alte gendertheoretische Befund gewinnt aktuell an neuer Brisanz.[11] Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker erklärt: „Bis auf Beschäftigte in systemrelevanten Bereichen müssen derzeit Eltern, insbesondere Mütter, im Home-Office ihrem Beruf nachgehen und dazu noch individuell eine Ganztagesbetreuung ihrer Kinder durchführen. Sie sollen also auch noch eine gute Lehrerin, Hauswirtschafterin und Trösterin sein. So fühlen sich Mütter noch mehr alleingelassen, als dies in normalen Zeiten der Fall ist.“[12] Auch Jutta Allmendinger, Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), warnt davor, dass Frauen gegenwärtig massiv zurückgedrängt werden in traditionelle Rollenmuster[13] - und das, ohne sie von

beruflichen Pflichten zu entlasten: aus Kinder/Küche/Kirche wird Kinder/Küche/Karriere. Eine solche Entwicklung kann zur alten feministischen Forderung nach einer Entlohnung für Hausarbeit führen, die allerdings aus guten Gründen als Rückfall in eine klassische geschlechtliche Arbeitsteilung kritisiert wird. Dagegen könnte die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, um die derzeit wieder verstärkt debattiert wird, eine Strategie gegen die beobachtete Retraditionalisierung sein. Der Idee nach ermöglicht ein Grundeinkommen „Zeitsouveränität für Sorgearbeit und selbstbestimmtes Tätigsein“, weil sich die Erwerbsarbeit reduziert.[14] Gleichzeitig werden *alle* mit einer höheren Grundsicherung oder eben einem bedingungslosen Grundeinkommen unterstützt.[15] In der Corona-Krise zeigt sich einmal mehr und besonders deutlich, dass wertvolle, das heißt in pandemischen Termini: systemrelevante Arbeit kaum honoriert wird. Deshalb muss das Erwerbssystem umgebaut werden – ob mit einem Solidaritätsbeitrag von Reicheren oder einer Vermögenssteuer.[16]

Die Forderungen nach einem fairen Verhältnis von Berufs- und Privatleben und nach einer gerechten Vergütung müssen auch die schwachen und marginalisierten Gruppen einschließen, denen es an gesellschaftlichem Einfluss fehlt: prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Arbeiter*innen aus Osteuropa. COVID-19 ist ein Testlauf für einen langfristigen gesellschaftlichen Umbau. Denn die Bewältigung der Corona-Krise erfordert ebenso wie auch der Umgang mit dem derzeit in den Hintergrund gerückten, aber weitaus bedrohlicheren Klimawandel vor allem eines: Solidarität. Die beiden großen gesellschaftlichen Aufgaben dieser Tage lassen sich miteinander verbinden. So fordert beispielsweise die *Petition Faire Straßen* seit Langem mehr Raum für Fußgänger*innen und Radverkehr. Quasi nebenbei und natürlich aus anderen Gründen, nämlich bedingt durch das 1,5 Meter-Abstandsgebot, sind Städte wie Berlin, New York, Bogota, Brüssel, Mailand, Paris und London dieser Forderung nun zumindest temporär nachgekommen: Hier sind aufgrund von Corona aktuell sogenannte Pop-up-Fahrradwege ausgewiesen. Die Menschen könnten sich an mehr Bewegungsfreiheit und bessere Luft gewöhnen. Und vielleicht entscheiden sich die Stadtverwaltungen dafür, manche der zusätzlichen Radwege als solche zu belassen, auch wenn die Pandemie überstanden ist.[17]

Reset - Geschlechtergleichheit und Klimaschutz

Wenn also die Corona-Pandemie und ihre Konsequenzen Veränderungen hin zu einer besseren Gesellschaft anstoßen können, stellt sich die Frage nach *tipping points*, das heißt nach Kriterien und Indikatoren, wann überhaupt vor einer Verbesserung gesprochen werden kann. Eine adäquate Bezahlung von Care-Arbeiter*innen, abgesehen von wohlfeilem Klatschen und einer einmaligen Prämie, muss die Minimalforderung sein. Denn wenn der Umgang mit COVID-19 tatsächlich eine grundlegende gesellschaftliche Weichenstellung sein soll, kann Fairness und

Verteilungsgerechtigkeit nicht auf ein temporär rücksichtsvolles und anerkennendes Verhalten in der Öffentlichkeit beschränkt werden. Gefragt sind Perspektiven und Entscheidungen, die Selbstverständlichkeiten zunächst offenlegen, dann hinterfragen und schließlich herausfordern, indem sie Handeln und Strukturen gleichermaßen verändern. Statt der Prämie für einen Autokauf, wie es die Automobilbranche gerne hätte (wohlgemerkt, für E-Autos gibt es bereits einen staatlichen Zuschuss von bis zu 6.000 Euro), wäre beispielsweise eine Unterstützung beim Kauf oder für die Reparatur von Fahrrädern möglich. Das schlug die Fraktion der Linken Anfang Mai vor, um den öffentlichen Nahverkehr zu entlasten und Abstandsgebote einhalten zu können.[18] In ebendiesem Sinn kann ein postpandemisches Wiederankurbeln der Wirtschaft passieren. Statt einem bloßen *restore*, der Wiederherstellung des Vorherigen, geht es nun um ein *reset*, das nach (geschlechter-)gerechten und klimaschützenden Kriterien erfolgt. Ein solches Zurücksetzen wird nicht von heute auf morgen zu realisieren sein, aber es ist möglich. Das zeigt die Maskenpflicht, die für eine Verschiebung von Egoismus hin zu Fürsorge steht. *Protect each other* könnte zu einer neuen Selbstverständlichkeit werden, denn: *We care*.

Fußnoten

[1] Das war bereits bei der Ebola-Krise 2014 in drei afrikanischen Ländern und dem Zika-Virus in den Jahren 2015 und 2016 so. Vgl. Clare Wenham / Julia Smith / Rosemary Morgan, COVID-19. The Gendered Impacts of the Outbreak [20.5.2020], in: *Lancet* 395, 6.3.2020, S. 846-849. Die Ebola-Krise ließ das Einkommen von Männern wie auch Frauen sinken, bei Männern näherte es sich jedoch schneller wieder dem Stand davor an. Weil Ressourcen in andere Bereiche flossen, starben von 2013 bis 2016 im besonders von Ebola betroffenen Sierra Leone mehr Frauen „durch Komplikationen bei der Geburt als an der ansteckenden Krankheit selbst“. Helen Lewis, Das weibliche Desaster [20.5.2020], in: IPG, 27.3.2020.

[2] Josefine Koebe / Claire Samtleben / Annekatri Schrenker / Aline Zucco, Systemrelevant und dennoch kaum anerkannt: Das Lohn- und Prestigeniveau unverzichtbarer Berufe in Zeiten von Corona [20.5.2020], in: *DIW aktuell* Nr. 28, 24.3.2020, korrigierte Version vom 31.3.2020. Siehe auch Christine Wimbauer / Mona Motakef, Wie durch ein Brennglas. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse vor und während der COVID-19-Pandemie [20.5.2020], in: *Genderblog*, 9.4.2020.

[3] Carolina Schwarz, Corona ist weiblich. Eine Krise der Frauen [20.5.2020], in: *taz*, 26.3.2020.

[4] Elisabeth Raether, Pflegekräfte. „Dieses Klatschen ist fast zynisch“ [20.5.2020], Interview mit Barbara Thiessen, in: *Die Zeit*, 25.3.2020.

[5] Anja Reschke, Große Unterschiede bei Verdienstausschlag [20.5.2020], Interview mit Stefan Sell, in: *NDR Info*, 2.5.2020, www.ndr.de/nachrichten/info/podcast4712.html (14.4.20).

[6] Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt am Main 1984; Siehe hierzu auch den Beitrag von Boris Holzer in dieser Rubrik.

[7] Uta Kletzing, Homeoffice und Sorgearbeit in der Coronakrise. Spagat auf Kosten

der Kümmerer [20.5.2020], in: Der Tagesspiegel, 20.3.2020.

[8] Dinah Riehse, Corona-Stellungnahme der Leopoldina. Schweigen ist Gold [20.5.2020], in: taz, 14.4.2020.

[9] Yvonne Lott, Weniger Arbeit, mehr Freizeit? Wofür Mütter und Väter flexible Arbeitsarrangements nutzen [20.5.2020], in: WSI Report 2019, Nr. 47.

[10] Siehe auch den Beitrag von Tanja Corstensen, Imke Schmincke und Isabel Klein in dieser Rubrik.

[11] Cornelia Koppetsch / Günter Burkart, Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Normen im Milieuvvergleich, Konstanz 1999; Sarah Speck, Autonomie, Authentizität, Arbeitsteilung. Paradoxien der Gleichheit in modernen Geschlechterarrangements, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 15 (2018), 1, S. 21-44.

[12] Hannah Beitzer, „Diese Jobs sollen vor allem eins sein: billig“ [20.5.2020], Interview mit Gabriele Winker, in: Süddeutsche Zeitung, 23.3.2020.

[13] Jutta Allmendinger, Familie in der Corona-Krise: Die Frauen verlieren ihre Würde [20.5.2020], in: Die Zeit, 12.5.2020.

[14] Dominique Just, Care Revolution gegen die Corona-Krise [20.5.2020], in: Freitag, 28.3.2020, www.freitag.de/autoren/justd/die-corona-krise-ist-eine-care-krise (14.4.20).

[15] Barbara Vorsamer, Coronavirus und Care-Arbeit. Wer das Land am Laufen hält [20.5.2020], in: Süddeutsche Zeitung, 27.3.2020.

[16] Christian Neuhäuser, „Wir werden den Wert der Arbeit neu bestimmen müssen“ [20.5.2020], Gespräch mit Anja Reinhardt, in: Deutschlandfunk, 3.5.2020(14.4.20).

[17] Thomas Hummel, Verkehrswende. Wenn das Virus die Autos verdrängt [20.5.2020], in: **Süddeutsche Zeitung, 2.5.2020.**

[18] Ohne Autor, Mehr Abstand in Coronakrise. Linke schlägt Fahrradprämie vor [20.5.2020], in: Der Spiegel, 3.5.2020.